

Wdh: Presseschau vom Wochenende 46 (15./16. November)

(Wiederholung vom Vortag)

Zürich (awp) - Nachfolgend eine Auswahl von Artikeln zu wirtschaftsrelevanten Themen aus der Presse vom Wochenende.

Die Schlagzeilen in nicht verifizierten Meldungen:

ZOLL-DEAL I: Bei den Investitionszusagen von Schweizer Firmen in Höhe von 200 Milliarden Dollar handelt es sich nicht um eine "Fantasiezahl". Sie beruht auf einer Umfrage der SwissAmerican Chamber of Commerce. "Die Investitionsvorhaben sind seriös", sagt Rahul Sahgal, der CEO des Wirtschaftsverbandes, zur "Sonntagszeitung". "Wir haben unsere 1500 Mitglieder aufgefordert, uns ihre geplanten Investitionen vertraulich bekannt zu geben. Je mehr die Spannungen zunehmen, desto mehr Firmen meldeten sich." Zu den bekannten Grossinvestitionen von Roche und Novartis kämen etwa Neuanlagen des Assetmanagers Partners Group, sowie Investitionen des Energiehändlers Mercuria und der Reederei MSC. Und Bestellungen der Swiss/Lufthansa bei Boeing könnten dazu beitragen, den Handelsüberschuss der Schweiz abzubauen. (SoZ, S. 6).

ZOLL-DEAL II: Die USA haben laut "NZZ am Sonntag" und "Sonntagszeitung" deutlich weitreichendere Forderungen an die Schweiz für tiefere Zölle gestellt, als bisher kommuniziert wurde. Die Schweiz solle demnach amerikanische Sicherheitsstandards für Autos übernehmen, was der "Sonntagszeitung" zufolge etwa den Cybertruck zugänglich machen würde. Zudem solle sie weiterhin keine Digitalsteuern auf Dienstleistungen von Konzernen wie Google, Meta oder Amazon erheben, was in Bern aber eigentlich diskutiert werde. Die "NZZ am Sonntag" berichtete weiter, beide Länder sollten Handelsverzerrungen durch Subventionen oder Staatsbetriebe angehen - was das konkret bedeute, habe das Wirtschaftsdepartement (WBF) auf Anfrage nicht erläutert. Die Schweiz solle amerikanischen Dienstleistern mehr Marktzugang gewähren und den grenzüberschreitenden Datenverkehr erleichtern. Auch die Kooperation bei Wirtschaftssicherheit, Sanktionen, Exportkontrollen und Investitionsprüfungen solle ausgebaut werden. (SoZ, S. 2-6; NZZaS, S. 14)

ZOLL-DEAL III: Der Bund plant laut "NZZ am Sonntag" den Kauf zusätzlicher amerikanischer Rüstungsgüter. Die bürgerliche Mehrheit wolle den Kauf von Rüstungsgütern als Verhandlungsmasse für die Gespräche um ein verbindliches Zoll-Abkommen einbringen. "Wir müssen ohnehin sehr viel Geld für Waffenkäufe ausgeben" sagte ein hoher Beamter zu der Zeitung. Insidern zufolge stünden zusätzliche Patriot-Systeme oder Lenkwaffen im Vordergrund, und FDP-Ständerat Josef Dittli sagte dazu: "Zusätzliche Patriot-Systeme zu kaufen, wäre goldrichtig." Derzeit vermöge die Flugabwehr lediglich einen Bruchteil des Landes zu schützen. Auf der linken Seite sei die Empörung gross, und Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone warnte, weitere Käufe würden "die schon bestehende technologische Abhängigkeit" der Schweizer Armee von den USA verstärken. Sie sagte zudem im Hinblick auf die Debatte um den F-35-Kampffjet, Trump sei "kein zuverlässiger Handelspartner" und "die Rechnung wird sehr teuer sein". (NZZaS, S. 13/14)

ZOLL-DEAL IV: Bauernpräsident Markus Ritter fordert laut "SonntagsBlick" nach dem US-Zolldeal Begleitmassnahmen für die Schweizer Landwirtschaft. Schweizer Bauern bräuchten zusätzliche Instrumente, etwa Struktur- und Investitionshilfen. Er begrüsse, dass am Importverbot für Chlorhühnchen festgehalten werde. "Der Schweizer Konsument ist anspruchsvoll und wird keine Chlorhühner kaufen", sagte Ritter der Zeitung. Wirtschaftsminister Guy Parmelin hatte sich im Gespräch mit der "Sonntagszeitung" allerdings offen für eine Diskussion um den Import der Chlor-Poulets gezeigt. Es gehe um ein kleines Kontingent, konkret um 1500 Tonnen Pouletfleisch. "Vielleicht kommen wir am Ende zu einer ähnlichen Lösung wie beim hormonbehandelten Rindfleisch, das mit einem Etikett gekennzeichnet sein muss", sagte Parmelin der Zeitung. "So kann der Verbraucher selbst entscheiden, was er kaufen will. Seit wir die Etiketten eingeführt haben, sind die Importe von 800 Tonnen auf 250 Tonnen zurückgegangen." (SoBli, S. 4/5)

ZOLL-DEAL V: Erste Schweizer Exportfirmen atmen auf. Für sie waren die 39 Prozent Zölle teils existenzbedrohend. Der Kaffeemaschinenhersteller Thermoplan etwa habe bereits begonnen, sich nach Standorten in Deutschland umzusehen. "Bereits kurz nachdem bekannt geworden war, dass ein Deal in Aussicht steht, riefen uns Kunden aus den USA an und wollten wissen, wie es um unsere Kapazitäten steht", erklärte Firmenchef Adrian Steiner dem "Tagesanzeiger". Eine Verlegung der Produktion sei für ihn keine Option mehr. Beim Pfannenhersteller Kuhn Rikon seien die Sorgen indes noch

nicht vorbei. Das "Grundproblem" der Zölle sei damit nicht gelöst, sagt CEO Tobias Gerfin mit Verweis auf die 50 Prozent Zölle auf viele Produkte aus Aluminium und Stahl. Zudem stamme der Grossteil der Produkte für den amerikanischen Markt aus China. Und für diese gelte seit kurzem noch ein Zusatzzoll von 20 Prozent. (TA, S. 3)

ZOLL-DEAL VI: Die Schweiz darf nach Aussagen von Ex-Botschafter Thomas Borer in der "NZZ" nach der Zolleinigung mit den USA nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. "Stattdessen sollten wir aus der Krise lernen", sagte Borer im Interview mit der Zeitung. Die Schweiz brauche in den USA ein permanentes und tragfähiges Netzwerk aus Organisationen wie einem Swiss American Institute, die Finanzierung von Schweizer Lehrstühlen an Universitäten, nachhaltige PR- und Lobbying-Massnahmen sowie eine stete Präsenz in den amerikanischen Medien und der Politik. Denn die nächste Auseinandersetzung mit den USA werde kommen, sagte Borer weiter. (NZZ, S. 2)

BANKEN: Die hiesigen Banken sind kleiner als angenommen. Nach einer Revision der volkswirtschaftlichen Statistik machen Finanzinstitute nur noch 3,7 Prozent an der Wirtschaftsleistung der Schweiz aus, statt wie bisher 5 Prozent. Der Grund liegt darin, dass das Bundesamt für Statistik (BfS) das Fondsgeschäft separat ausweist. Das löse bei den Banken Hektik aus, schreibt die "NZZ am Sonntag". Sie hätten in der Folge beim BfS interveniert. (NZZaS, S. 24/25)

SBB: Die Vergabe des 2-Milliarden-Auftrags an Siemens hat laut "SonntagsBlick" zu Morddrohungen gegen SBB-CEO Vincent Ducrot geführt. Anonyme Verfasser hätten ihm laut Bericht Landesverrat vorgeworfen und er habe tagelang Personenschutz benötigt. Die SBB teilten auf Anfrage mit, man nehme solche Reaktionen ernst, wolle sich aber nicht weiter dazu äussern. Das Fedpol passe Schutzmassnahmen je nach Lage an, kommentiere den Fall aber nicht. SBB und Stadler bemühten sich derweil um Deeskalation in Form von Gesprächen. Mittlerweile beschäftige die Vergabe der 116 neuen Doppelstockzüge an das deutsche Konkurrenzunternehmen auch die Politik. "Je nach Verlauf eines allfälligen gerichtlichen Verfahrens werde ich auch parlamentarisch aktiv, falls dies zielführend scheint", sagte der Thurgauer SVP-Ständerat Jakob Stark dem "SonntagsBlick". Auch SVP-Nationalrat Pascal Schmid prüfe das Einreichen einer Interpellation. (SoBli, S. 16/17)

MANAGER: Der Anteil von Führungskräften ohne Schweizer Pass hat laut "Sonntagszeitung" und "SonntagsBlick" ein Rekordhoch erreicht. Nur noch 51 Prozent der Geschäftsleitungsmitglieder der 100 grössten Firmen seien Schweizer, wie etwa die "Sonntagszeitung" unter Berufung auf einen Report des Personalvermittlers Guido Schilling schrieb. Bei den börsenkotierten Grossunternehmen im SMI liege der Schweizer Anteil demnach sogar bei nur 27 Prozent. "Die Nachfrage nach Schweizer Führungspersönlichkeiten übersteigt das Angebot bei weitem", sagte dazu der Headhunter Bjørn Johansson. Hauptgrund sei, dass es schlicht zu wenige Schweizer gebe. Schweizer Unternehmen seien überproportional gross, die Bevölkerung jedoch vergleichsweise klein. Das Thema Swissness sei trotzdem bei den Einstellungsverfahren wieder stärker in den Fokus gerückt und habe sogar die Förderung weiblicher Führungskräfte als oberste Priorität abgelöst. (SoZ, S. 31, SoBli S. 32/33)

GUNVOR: Die US-Blockade gegen Gunvors geplanten Kauf der Lukoil-Auslandsaktivitäten sorgt laut "NZZ am Sonntag" in der Rohstoffhandelsbranche für erhebliches Stirnrunzeln. Händler und Berater zeigten sich vor allem über die Schärfe der amerikanischen Wortwahl irritiert: Die öffentliche Bezeichnung Gunvors als "Kreml-Marionette" gelte als beispiellose Eskalation und werde als ernstes Reputationsrisiko eingestuft. Brancheninsider warnen, dass bereits wenige solche Äusserungen in sozialen Netzwerken genügen könnten, um Banken zu verunsichern und Handelsfinanzierungen zu gefährden - eine potenziell existenzielle Bedrohung für jeden Rohstoffhändler. Gleichzeitig rechnen Marktteilnehmer damit, dass andere Interessenten - etwa Finanzinvestoren oder Käufer aus dem Nahen Osten - nun auf günstigere Einstiegsmöglichkeiten hoffen. (NZZaS, S. 40)

ra/